

Beate Raudies, MdL

Wochennotizen

Woche vom 18. – 24. Februar 2013



Montag, 18. Februar 2013

Morgens fahre ich nach Lübeck zur Sitzung der Verdi-Landesfachgruppe Feuerwehr. Im Mittelpunkt der Gespräche mit den Vertretern der Berufsfeuerwehren ging es unter anderem um Besoldungs- und Versorgungsfragen. Nachmittags bereite ich im Büro die Landtagssitzungen vor und bringe Termine im Wahlkreis auf den Weg – ein abwechslungsreicher Tag.

Dienstag, 19. Februar 2013

In dieser Landtagssitzungswoche werden während der Fraktionssitzung wichtige Absprachen für den Landtag getroffen. Drei Reden zu den Themen Feuerwehr, kommunaler Finanzausgleich und Förderung des Ehrenamts stehen für mich an. Keine „leichte Kost“.

Mittwoch, 20. Februar 2013

Am ersten Sitzungstag steht die Verkehrspolitik im Fokus. Die baulichen Mängel am Nord-Ostsee-Kanal und der Zustand der Landesstraßen stehen auf der Tagesordnung. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer verkündet im Rahmen der Debatte ein Fünf-Millionen-Euro-Programm für Sanierungsmaßnahmen. Mal sehen, ob von diesem Geld etwas für die L 109 abfällt.

Später muss ich zum Rednerpult. Denn die Landtagsmitglieder diskutieren über zusätzliche Finanzen für den Landesfeuerwehrverband. Mit diesem Geld sollen Mitgliederwerbung und Förderung der Jugendarbeit finanziert werden. Als feuerwehrpolitische Sprecherin habe ich dazu Stellung bezogen:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/wir-wollen-den-wunsch-der-feuerwehr-unterst-tzen>

Donnerstag, 21. Februar 2013

Heute starte ich durch: Der Sitzungstag beginnt mit meiner Rede zum kommunalen Finanzausgleich.

<http://www.spd.ltsh.de/presse/wir-wollen-aufgaben-finanzieren-nicht-strukturen>

Innenminister Andreas Breitner bereitet im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden eine umfangreiche Reform des Finanzausgleichgesetzes (FAG) vor. Die Vorgaben sollen

transparenter, gerechter und vor allen Dingen aufgabenorientiert gestaltet werden. Die Opposition nutzt das Thema zum Wahlkampfgeplänkel. Der offene Dialog wird kritisiert, angeblich fehlen zum FAG klare Eckpunkte. Für mich höchst widersprüchlich, so ganz klar kommt nicht heraus, welche Position schwarz-gelb eigentlich beziehen will. Dann erleichtert der Landtag die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung. Weiterhin wird eine Änderung des Schulgesetzes auf den Weg gebracht. Hier soll unter anderem die Einrichtung zusätzlicher Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ermöglicht werden. Der Tag im Landtag endet mit einer Veranstaltung von Steuerberaterverband und –kammer.

Freitag, 22. Februar 2013

Ein guter Beschluss: Nach intensiver Diskussion stimmen alle Fraktionen einem Antrag zu, der die EU dazu auffordert, die Trinkwasserversorgung nicht zu privatisieren. Außerdem fordert der Landtag den Bund dazu auf, den Optionszwang abzuschaffen. Was das heißt: Die im Jahr 2000 in Kraft getretene Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beinhaltet als einen der zentralen Punkte den sogenannten „Optionszwang“. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten seitdem automatisch neben der elterlichen Staatsangehörigkeit auch die deutsche Staatsangehörigkeit (ius soli), wenn ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt ein Daueraufenthaltsrecht (seit 8 Jahren) besitzt. Nach Eintritt der Volljährigkeit und bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres müssen sie sich dann aber für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden - daher das Wort „Optionszwang“. Das wird unter anderem von vielen Hilfsorganisationen vehement kritisiert. Und jetzt kommt eine Premiere für mich. Der Antrag der Koalition zur Unterstützung des Ehrenamts ist der erste, der meine Unterschrift trägt. Weil der Landtag wieder einmal sehr lebhaft diskutiert hat, wird der Antrag zwar ohne Aussprache abgestimmt, aber von allen Fraktionen unterstützt.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0519.pdf>

Samstag, 23. Februar 2013

Die Woche endet mit einem Besuch bei der Kreisjugendfeuerwehrversammlung in Tornesch-Ahrenlohe. Der Kreis Pinneberg ist Spitze im Land: Alle Freiwilligen Feuerwehren haben eine eigene Jugendabteilung bzw. sind an einer Jugendfeuerwehr beteiligt. Mehr als 700 Jungen und Mädchen engagieren sich in ihrer Freizeit für den Brandschutz.